

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Manfred Reimann MdB plädiert für eine Verbesserung des Verbraucherschutzes in der ehemaligen DDR: Mehr Verbraucheraufklärung dringend nötig.
Seite 1

Harald B. Schäfer MdB skizziert den dringlichsten Handlungsbedarf in der Energiepolitik: Eine Herausforderung für Jahrzehnte (Teil II und Schluß).
Seite 2

Dokumentation

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, hat zum 52. Jahrestag der Novemberpogrome vor einem Erstarken des Rechtsextremismus gewarnt. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.
Seite 4

45. Jahrgang / 215

9. November 1990

Mehr Verbraucheraufklärung in der ehemaligen DDR dringend nötig

Schuldner- und Verbraucherberatungsstellen - die ehemalige DDR ein Entwicklungsland

Von Manfred Reimann MdB

Eine beschleunigte Einrichtung von Schuldner- und Verbraucherberatungsstellen in den Ländern der ehemaligen DDR ist unerlässlich. Während auf der einen Seite die Unternehmen damit beschäftigt sind, die Verbraucherschutzrechtliche Unwissenheit der ehemaligen DDR-Bürger auszunutzen und ihren Waren zu zum Teil überhöhten Preisen und schlechter Qualität verkaufen, fehlen auf der anderen Seite die entsprechenden Anlaufstellen für Beratung. Entsprechendes gilt bei Verträgen wie für Versicherungen, Kredite oder für Dienstleistungen etc. Denn aufgrund der früheren ganz anderen Organisation und Struktur sämtlicher Lebensbereiche (Zentrale Planwirtschaft), sind viele Menschen in diesen neuen Ländern als Verbraucher so unbedarft, daß gewisse Geschäftemacher leichtes Spiel haben.

Bereits jetzt ist abzusehen, daß die Neubürger der Bundesrepublik aufgrund ihres starken Konsumnachholbedarfs Gefahr laufen, sich zu überschulden. Während die Waren jetzt in den Kaufhäusern in ausreichender Zahl vorhanden sind, hapert es mit der verbraucherrechtlichen Aufklärung. Denn wo und wer informiert sie über Rücktrittsmöglichkeiten von Verträgen, Rechte bei mangelhaften Waren, Umtauschrecht etc.? Oder wo können sie sich beraten lassen bei Überschuldung, wenn sie von der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit betroffen sind?

Für alle diese menschlichen Problemfälle gibt es in der ehemaligen DDR noch nicht die verbraucherorientierten Beratungsstellen, die auch angesichts des steigenden Warenstromes von West nach Ost nötig sind. Wenn die Überschuldung der Neubürger nicht noch die der privaten Haushalte in den alten Ländern der Bundesrepublik übersteigen soll, in der alten Bundesrepublik konnten 1989 1,2 Millionen Haushalte ihre Schulden nicht zurückzahlen, müssen solche Beratungsstellen schnellstens und von staatlicher Seite gefördert, in der ehemaligen DDR eingerichtet werden. Während diese Einrichtungen zur Selbsthilfe bei uns organisch gewachsen sind, nämlich nahezu gleichzeitig mit dem Aufkommen neuer verbraucherrechtlicher Probleme, haben die neuen Länder diese Möglichkeiten nicht.

(-/9. November 1990/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Einzelheft 1,50 DM
inkl. zuzügl. Mwst
Anzeigenpreis



Eine Herausforderung für Jahrzehnte
Klimaschutz und Energiesparen (Teil II)

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

Unsere Abhängigkeit vom importierten Öl und Gas ist zu hoch

Die Bundesregierung hat unsere Importabhängigkeit von Öl und Gas nicht verringert. Sie lag 1972 bei 61 Prozent, die sozialliberale Regierung hat sie bis 1982 auf 54 Prozent gesenkt. Seitdem gibt es keinen Fortschritt mehr. 54 Prozent sind es auch heute noch - nur bei höherem Verbrauchsniveau. 1982 lag der Öl- und Gasverbrauch bei 215 Millionen Tonnen SKE, 1989 bei 220 Millionen Tonnen SKE, 1990 wird er auf 225 Millionen Tonnen SKE steigen.

Weil die vorhandenen Energieeinsparmöglichkeiten von 20 bis 30 Prozent des Energieverbrauchs von der Bundesregierung nicht genutzt wurden, sind wir den jetzigen Ölpreisexplosionen hilflos ausgesetzt. Die Verbraucher werden wegen der "wind-fall-profits" der Mineralöl-Verkäufer, die billig eingekaufte Vorräte zu heutigen Spekulationspreisen verkaufen, besonders hart getroffen. Es hat mit Wettbewerb nichts zu tun, wenn Spekulationsgewinne ohne nennenswerte Kostensteigerungen von den Öl-Multis eingestrichen werden. Die "stille Umverteilung", die dem kleinen Mann das Geld aus der Tasche zieht und die großen Energieverkäufer absahnen läßt, zeigt, daß die Energiepolitik dieser Bundesregierung auch die Umverteilung von unten nach oben fördert.

Jetzt rächen sich die Versäumnisse beim Energiesparen bitter. Hätte die Bundesregierung zum Beispiel dafür gesorgt, die Energiepreise durch höhere Energiesteuern auf dem Niveau von 1985 zu halten, hätte man bis heute rund 150 Milliarden DM für Energieeinsparung einsetzen und rund 70 Millionen Tonnen SKE an Energie einsparen können. Das wären schon 18 Prozent unseres jährlichen Energieverbrauchs gewesen. Allein im Jahr 1990 hätten wir etwa zehn Milliarden DM weniger für Importenergien ausgeben müssen.

4. Die Regierung Kohl gefährdet das Stück an Versorgungssicherheit, das uns die heimische Kohle bisher gewährt hat

Von 1982 bis 1989 ist der Anteil der Kohle am Energieverbrauch von 32 Prozent auf 27 Prozent zurückgegangen. Der Einsatz der Kohle ging um gut 20 Millionen Tonnen SKE zurück; dadurch sind etwa 40.000 Arbeitsplätze in NRW und im Saarland weggefallen. Im wesentlichen wurde die Kohl durch die Kernenergie in der Verstromung verdrängt. Die SPD tritt demgegenüber für die Gewährleistung eines ausreichenden Versorgungssockels mit heimischer Kohle ein. Die entsprechende Regelung einer ökologisch verträglichen Kohleverstromung ist unabdingbar.

5. Die SPD hat die Weichen für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik gestellt

Wir machen ernst mit einem neuen ökologischen Rahmen von Gesetzen, Ge- und Verboten und von marktwirtschaftlichen Anreizen für mehr Umweltvorsorge. Wer sich umweltfreundlich verhält, soll belohnt werden, wer sich umweltschädlich verhält, muß die Kosten tragen. Die CDU hat in acht Jahren keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen. Sie hat sogar alle Vorschläge der SPD dazu abgelehnt. Sie tut das Gegenteil dessen, was sie in schönen Broschüren dem Publikum vorgaukelt.

5.1.

Die SPD hat ein völlig neues Energiedesetz am 1.6.1990 im Parlament eingebracht, das der Energieeinsparung oberste Priorität einräumt, die Kommunen an der Energieversorgung beteiligt, die Wärme-Kraft-Kopplung und die erneuerbaren Energien endlich im Markt durchsetzen, lineare Stromtarife zur Stromeinsparung vorschreibt, und die bisherige Angebotsenergiepolitik in Richtung Energiedienstleistung umzustrukturieren.

Allein mit diesem Gesetz werden wir den Energieverbrauch um etwa 15 bis 20 Prozent absolut senken. Die CDU verweigert aus Angst vor den Energiekonzernen diese ökologisch überfälligsten Reformen seit Jahren.

5.2. Die SPD hat folgende Verbesserungen für Energiesparen und erneuerbare Energien vorgeschlagen

- Die steuerlichen Anreize und Investitionserleichterungen für Energieeinsparmaßnahmen, für den Ausbau der Wärme-Kraft-Kopplung und für erneuerbare Energien werden wieder eingeführt und wesentlich verbessert, da die Sätze auf bis zu 20 Prozent der Investitionen angehoben werden. Mit solchen Maßnahmen wollen wir den belohnen, der Geld für Energiesparen ausgibt.
- Die direkte staatliche Förderung von Energie aus Sonne, Wind und Wasser wird mindestens verdreifacht. Dazu verwenden wir die eine Milliarde DM, die die CDU Jahr für Jahr allein über den Haushalt des Forschungsministeriums in die Kernenergie steckt. Nur mit dieser Umgestaltung der Förderung ist der schnelle Aufbau der Solarwirtschaft möglich. Damit kann es gelingen, den Anteil der erneuerbaren Energien von heute nur acht Prozent auf 20 Prozent innerhalb der nächsten zehn Jahre zu steigern. Das ist ein unverzichtbarer Beitrag, um die Klimakatastrophe abzuwenden.

Unser Öko-Steuer-Konzept:

Die Energiepreise müssen die ökologische Wahrheit sagen

Umwelt und Natur, Rohstoffe und Bodenschätze dürfen nicht länger kostenlos als "freie Güter" genutzt und verbraucht werden. Allein die energiebedingten Umweltschäden liegen in der Bundesrepublik (noch ohne die ehemalige DDR) bei 50 Milliarden DM.

Nur wer diese Kosten den Verursachern anrechnet, fördert umweltfreundliches und energiesparendes Verhalten.

In einer Marktwirtschaft bestimmt die Höhe der Energiepreise das Verhalten. Solange die externen Kosten nicht in die Energiepreise eingestellt werden, wird der Umweltsünder belohnt und der Energiesparer bestraft. Die SPD hat deshalb Ökosteuern auf Öl und Gas und eine Abgabe auf alle Luftschadstoffe, nicht nur auf CO₂, vorgeschlagen. Die CDU hat unser Öko-Steuerkonzept abgelehnt.

Sie redet auf Parteitagen nur über mögliche CO₂-Abgaben und ordnungspolitische Maßnahmen. Die Regierung Kohl dagegen hat nichts davon verwirklicht. Bis heute gibt es keinen einzigen Regierungsvorschlag, Steuern oder Abgaben für Umwelt- und Klimaschutz sowie für mehr Energiesparen einzuführen oder bestehende Steuern anzuheben.

Unser Öko-Steuer-Konzept schichtet die Steuerlast ökologisch und sozial gerecht um. Wir senken die Steuern auf die Arbeitseinkommen und erhöhen die Sozialleistungen für diejenigen die keine Steuern zahlen und schaffen die Kfz-Steuer ab. Folgende jährliche Entlastungen sind vorgesehen:

- Mit Verbesserung des Grundfreibetrages auf 8.000/16.000 DM zahlt jeder Ledige 500 DM, jeder Verheiratete 1.000 DM weniger Steuern,
- die Sozialleistungen für Nichtsteuerzahler steigen zwischen 350 und 500 DM,
- der Wegfall der Kfz-Steuer entlastet die Autofahrer mindestens um 300 DM

Die durchschnittliche Steuerentlastung eines Vier-Personenhaushaltes beträgt etwa 1.500 DM/Jahr.

Die Steuern und Abgaben auf den Energieverbrauch von Öl und Gas werden erhöht. In Verbindung mit den o.g. Entlastungen sieht unser Vorschlag vor: Für den Autofahrer werden die Steuern auf Benzin, unverbleites Benzin und Diesel angehoben um 0,50 DM/Liter, 0,45 DM/Liter bzw. 0,40 DM/Liter. Die Kosten für Heizöl steigen um 0,09 DM/Liter, für Gas um 0,058 DM/m³. Die bisherige Kilometerpauschale von 50 Pf/km wird eine allgemeine Entfernungspauschale, damit wird auch der begünstigt, der zu Fuß geht, mit dem Fahrrad, mit Bus, Straßenbahn oder U-Bahn fährt. Für Fernpendler werden ab dem 25. Kilometer zusätzlich 20 Pf/km als Fernpendlerpauschale gewährt.

Jeder hat es in der Hand, wieviel er an Energiesteuern zahlt oder durch umweltbewußten und sparsamen Verbrauch vermeidet. Wer mehr als 1.500 Liter Benzin und über 2.000 Liter Heizöl bzw. über 2.000 m³ Gas verbraucht, zahlt im Saldo mehr Steuern als bisher.

Mit den seit August gestiegenen Ölpreisen ist unser Konzept nicht hinfällig, denn wir haben immer gesagt, daß bei der Regierungsübernahme durch die SPD die Festlegung der Steuersätze im einzelnen mit vom internationalen Energiepreinsniveau beeinflusst wird. Wir haben auch immer gesagt, die Öko-Steuer soll so bemessen sein, daß wir die Mineralölsteuersätze in der EG nach oben hin harmonisieren. Diese Richtmarke wird durch die Golf-Krise nicht berührt.

Auch heute liegen die Benzinpreise von Italien um 60 Prozent, von Frankreich um 35 Prozent, von England um zehn Prozent über den deutschen.

Die jetzige Verteuerung des Öls (die anderen Energien werden nachziehen, weil Öl eine "Leitfunktion" hat) widerspricht unserem Prinzip der ökologischen Umschichtung der Steuerlast nicht: Senkung der steuerlichen Belastungen der Arbeit gegen Erhöhung der Belastung des Energieverbrauchs.

Es gibt keinen Grund, von unseren Öko-Steuerplänen Abstand zu nehmen.

(-/9. November 1990/rs/fr)

DOKUMENTATION

Bleibende Mahnung

Der Direktoriumsvorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat zum 52. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 vor der Gefahr eines erstarkenden Rechtsextremismus gewarnt. Wir dokumentieren seine Ansprache in der Synagoge in der Berliner Rykestraße im Wortlaut.

"Das Datum des heutigen Tages - der 9. November - erwies sich als schicksalsreich und schicksalsschwer in der deutschen Geschichte, und zwar in der Vergangenheit wie in der Gegenwart. Den Menschen meines Jahrgangs müssen die einzelnen Stationen dieses Jahrhunderts nicht sonderlich erläutert werden, an denen der 9. November eine befreiende - wie beim Ausrufen der Republik im Jahre 1918 - unheilverheißende - zum Hitlerputsch im Jahre 1923 - oder tragisch-verhängnisvolle Bedeutung erhalten hat, wie eben heute vor 52 Jahren. Da jedoch diejenigen, die sich erinnern, immer weniger werden, ist es notwendig, das Gedächtnis der Gesellschaft aufzufrischen. Wenn ich es tue, so gewiß nicht - und das möchte ich ausdrücklich betonen - um die Freude über die Öffnung der Berliner Mauer zu kritisieren oder die Erfolge des Vereinigungsprozesses zu schmälern. Aber der 9. November 1989 bliebe eine Halbwahrheit, wenn man den Zeitgenossen die historisch vorgeprägte Bedeutung des Datums verschweigen würde - und Halbwahrheiten sind kein gutes Fundament zum Errichten einer gesunden Zukunft.

Die Trauer um den 9. November 1938 fand leider - und das muß auch noch heute nach 52 Jahren festgestellt werden - im Bewußtsein der bereiten Öffentlichkeit dieses Landes niemals den Platz, der ihr gebühren würde. Kann das Gefühl der menschlichen Sittlichkeit schamloser verletzt werden, als durch mutwilliges Niederbrennen von Gotteshäusern? Von Gotteshäusern noch dazu, in denen die Nachbarn der Brandstifter jahrhundertlang für Wohlstand, für Freiheit und für Gerechtigkeit gebetet haben? Kann man sich eine größere Lästung, eine größere Barbarei vorstellen, als über die Gotteshäuser, die heiligen Schriften und Gegenstände den Gott selbst angreifen und vernichten zu wollen. Den Gott des Alten Testaments, der den Christen gleich heilig ist, wie den Juden?

Und all das ereignete sich an jenem 9. November 1938 innerhalb nur einer Nacht, ausgelöst und befohlen von einem verbrecherischen Regime, fast ohne Widerstand und Widerspruch der breiten Schichten der Bevölkerung, wie übrigens alles, was in den Jahren kurz davor und kurz danach geschah. Es sei mir nun die Frage gestattet, warum dieser schwer beladene 9. November in all den Jahren in der Öffentlichkeit nicht als Tag der Scham und der Schande begangen wurde. Denn wenn die Jüdischen Gemeinden nicht alljährlich der Ereignisse von 1938 gedacht hätten, so wäre dieser Tag längst schon in völlige Vergessenheit versunken.

Auch das war der Grund dafür, daß der Zentralrat der Juden in Deutschland beschlossen hat, gerade in diesem Jahr zu seiner zentralen Veranstaltung zum 9. November hierher einzuladen - in diesen Teil dieser Stadt, in die Synagoge in der Rykestraße. Zweierlei wollen wir damit zum Ausdruck bringen, was in unserem Empfinden untrennbar miteinander verknüpft ist. Zum einen, daß es uns mit Genugtuung erfüllt, daß sich wieder nach so vielen Jahren Menschen aus allen Teilen des Landes und aus beiden Teilen dieser Stadt hier versammeln können, daß wir uns die Anteilnahme an den jüngsten Ereignissen nicht nehmen lassen, schon gar nicht von denjenigen, die wieder versuchen, Haß zu säen. Und zum anderen, daß wir es niemals zulassen werden, daß die Ereignisse des Jahres 1938 in den Hintergrund gedrängt werden.

Meine Gedanken kehren in dieser Stunde zu jenem makabren Abend vor 52 Jahren zurück. Es waren ja nicht nur Synagogen, die in dieser Nacht vernichtet wurden. Jüdische Geschäfte sind überfallen und geplündert worden, es lief die erste groß angelegte Verhaftungswelle gegen Juden, auch Menschenleben fielen dem sogenannten und von den braunen Machthabern künstlich geschürten 'Volkszorn' zum Opfer.

Ich kann mich noch genau erinnern, wie ich damals in der Fasanenstraße mit einer Mischung aus Zorn und Trauer vor dem brennenden Gebäude der Synagoge stehengeblieben bin. Auch daran kann ich mich sehr wohl erinnern, wieviele Menschen hastig und ohne jede innere Anteilnahme an mir vorbeigegangen sind, mit hochgeschlagenem Mantelkragen, als wollten sie schon mit ihrer Körperhaltung sagen - 'das geht uns nichts an!'. Dieser nicht ausgesprochene Satz wandelte sich dann, später, als der nationalsozialistische Spuk vorbei war, zu einem anderen, hinter dem sich die gleiche Haltung verbarg - zu dem Satz 'wir haben von nichts gewußt, wir haben nichts gesehen!'. Diesen Satz, meine Damen und Herren, lasse ich für die Nacht des 9. November 1938 noch weniger gelten, als für viele andere Tage und Nächte, an denen in jenen Jahren Schwerstverbrechen begangen wurden. Viel zu hoch schlugen die Flammen in jener Nacht, als daß sie jemand mit zwei Augen im Kopf hätte übersehen können.

Und noch ein Schmerz, noch eine Trauer lebt in mir weiter im Zusammenhang mit der Nacht des 9. November - die Trauer über die Abende danach. Sie waren es, die es uns erst richtig zu spüren gegeben haben, wie allein, wie vereinsamt wir dem Staatsterrorismus ausgeliefert waren. Man hätte denken können, man meinte hoffen zu dürfen, daß zumindest den Intellektuellen, den Kulturträgern der Nation der Schock nahegehen würde. Daß jene, die mit Lessing und Goethe, mit Mendelssohn-Bartholdy und Brahms aufgewachsen sind, ihre Abscheu über die so brutal zutagegetretene Barbarei irgendeine Art von Ausdruck verleihen würden. Eine Geste zumindest, eine stille und passive Offenbarung des Protestes, wie die Weigerung den Kulturbetrieb eines Landes aufrechtzuerhalten, das eben demonstrierte, daß es in die schlimmste Kulturlosigkeit abzurutschen droht - für uns wäre es eine Kundgebung der Solidarität gewesen, die wir damals bitter nötig hatten.

Aber nichts geschah. Am 10., 11. und am 12. November füllten sich die Theater- und Konzertsäle als sei nichts gewesen, als habe nicht ein Regime des Unrechts offene Gewalt gegen Wehrlose angewandt, vor den Augen des Volkes, im Namen des Volkes, und ohne ein Wort des Widerspruchs. Viel später schrieb dann Pastor Niemöller die weisen Sätze, die - wie schon ihr Inhalt enthüllt - die Frucht einer zu späten Erkenntnis offenbarten:

'Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.'

Es wäre unsere moralische Pflicht, dieses Tages zu gedenken, auch wenn alles, was mit ihm zusammenhängt, völlig der Vergangenheit angehören würde. Dem ist aber leider nicht so. Es reicht, täglich die Zeitung aufzuschlagen, um von regelmäßigen Übergriffen der rechtsradikalen Gruppierungen zu erfahren, die es offensichtlich nicht ertragen können, daß Menschen in Eintracht miteinander leben wollen. Ich muß gestehen, daß es mich schaudert, wenn ich über Straßenschächten lese, die sich jugendliche Radikale mit solcher Heftigkeit liefern, daß dabei Polizei von Schußwaffen Gebrauch macht. Es schaudert mich, weil es mich an etwas erinnert.

Man muß mit mehr Entschiedenheit all jenen entgegengetreten, die den Haß zu ihrer höchsten politischen Devise erhoben haben. Die Erfahrung der Nacht des 9. November 1938 und der Jahre danach darf nicht verdrängt, sie muß vielmehr verinnerlicht werden. Und diese Erfahrung lehrt uns, daß das Wegsehen, daß

Nicht-Wissen-Wollen, das Beiseitestehen tödlich sein kann. Es darf heute niemand beiseite stehen, zumal heute niemand Angst vor den Folgen eines engagierten Auftretens zu haben braucht.

Im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Osteuropa, mit der Wende und der Auflösung der Machtblöcke wird - sicher nicht ganz zu unrecht - vom Ende einer Epoche, vom Ende der Nachkriegszeit gesprochen. Aber man kann vom wirklichen Ende dieser Zeit erst sprechen, wenn auch die letzten Überreste und Nachklänge der menschenverachtenden Ideologie aus der Welt getilgt sind, wie der Neonazismus, der Antisemitismus, der Rassenhaß, die Fremdenfeindlichkeit und das Streben nach nationalistischer Expansion. Denjenigen, die sich immer noch an diese Begriffe als an Wege des politischen Vorgehens klammern, muß endlich klargemacht werden, daß sie sich dadurch selbst aus der Gesellschaft aller anständigen Menschen ausschließen.

Wen sollte es wundern, daß es uns Juden nachdenklich stimmt, wenn eine Nation überschwänglich nationale Höhen anstrebt, mit der wir in der jüngsten Vergangenheit die schlimmsten denkbaren Erfahrungen machen mußten? Wer würde es wagen, es uns übelzunehmen, wenn wir für kreischende Töne eines übersteigerten Nationalismus besonders feines Ohr entwickelt haben und - ähnlich wie andere Geschädigten in Europa - nach Garantien verlangen, daß die künftige Entwicklung auf der Grundlage der verinnerlichten Lehre aus der Vergangenheit verläuft? Es ist nicht nur unser Recht, es ist gleichzeitig unsere Pflicht, dies zu tun. Lauter als andere dürfen und müssen wir daran erinnern, daß bei den verlaufenden politischen Prozessen alle Aspekte der eventuellen Gefahr mitberücksichtigt werden.

Aber es gibt noch eine andere Lehre aus der Tragödie, zu deren ersten Höhepunkten die Pogrome des 9. November 1938 gehörten, ein anderer Weg, mit deren Folgen und Auswirkungen umzugehen. Wenn vor der nationalsozialistischen Katastrophe in Deutschland 540.000 Juden lebten, während es heute etwa 30.000 sind, dann muß es zu unserem Selbstverständnis gehören, das wieder aufzubauen, was vor 52 Jahren zerstört wurde. Auch da stellt uns die Vereinigung Deutschlands vor neue Aufgaben, denn die Städte wie Leipzig oder Dresden leben heute kaum mehr Juden, als wieviel zum Aufrechterhalten des religiösen Alltags vorgeschrieben ist.

Das jüdische Leben in diesem Lande verkümmern zu lassen würde bedeuten, sich im nachhinein noch einmal dem Willen des nationalsozialistischen Staates zu beugen. Eine solche Vorstellung ist für mich, und - wie ich hoffe - für viele Menschen unerträglich. Um den dezimierten Gemeinden eine Chance zu geben, neues und sinnvolles Leben zu entfalten, muß man ihnen neue Kräfte zuführen - und dies macht vor allem die Zuwanderung von Juden aus anderen Ländern möglich. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an die Worte eines Mannes erinnern, dem wir - stellvertretend für eine der vier Nationen, die den Nationalsozialismus bezwungen haben - auch die jüngsten politischen Entwicklungen mit verdanken - dem amerikanischen General Clay. Er sagte, daß die Demokratie in Deutschland eines Tages daran gemessen wird, wie weit dort jüdisches Leben möglich sein wird.

Ich hoffe natürlich, daß es zu solchen Auswüchsen wie jene waren, derer wir heute hier gedenken, nie mehr kommen wird. Das Hoffen allein reicht allerdings nicht aus, denn kein Volk, keine Gemeinschaft und auch kein Mensch ist gegen Gefahren gefeit, die wir in Ansätzen leider auch heute in unseren Städten beobachten müssen. Während diese oft von vielen Menschen heruntergespielt werden, ist so mancher zu leicht mit einem voreiligen Urteil zur Stelle, wenn es um bedauerliche Übergriffe in Israel geht. Gewiß gibt es auch dort Dinge, die kritisiert werden müssen, aber ich frage mich, wer sich befugt fühlt, gegen Menschen den ersten Stein zu erheben, die seit 42 Jahren ohne Unterbrechung von ihren Nachbarn in ihrer nackten Existenz bedroht werden.

Lassen wir uns besonders in diesen Tagen die Ereignisse des 9. November 1938 eine Lehre werden und setzen unsere Energie dafür ein, friedlich und harmonisch mit allen Völkern dieser Erde zu leben, eine bessere Welt von morgen vorzubereiten, in der brennende Gotteshäuser, Haß und Menschenverachtung undenkbar wären.

(-/9. November 1990/rs/fr)
